

markt intern Verlag GmbH
Grafenberger Allee 30
40237 Düsseldorf

1. Europapolitik und Euro

1.1. Welche Ziele in der Europapolitik wollen Sie in den kommenden vier Jahren verfolgen?

Die Piratenpartei strebt ein Europa der Bürger und Regionen sowie die tatsächliche Demokratisierung der Union an. Dies kann zum einen dadurch erreicht werden, dass politischen Entscheidungen auf europäischer Ebene europaweite Debatten vorausgehen müssen, an denen sich alle Menschen angemessen beteiligen können. Zum anderen ist eine Reform und Neustrukturierung der Union zwingend erforderlich. Dabei sind Insbesondere die Initiativ- und Beschlussrechte des Europäischen Parlaments als parlamentarischer Gesetzgeber der EU und als Repräsentant der EU-Bevölkerung zu stärken und gegebenenfalls signifikant auszuweiten. Gleichwohl sollen Bürger über die Europäische Bürgerinitiative die Möglichkeit erhalten, Gesetzgebungsprozesse in Gang zu setzen.

Mehr Solidarität zwischen den Eurostaaten

Wir Piraten fordern einen solidarischen „Marshall-Plan für Europa“ um die wirtschaftlich angeschlagenen Eurostaaten wieder auf die Beine zu bringen. Ein Aufbau- und Investitionsprogramm, dessen Ziel der Umbau und die Modernisierung der europäischen Volkswirtschaften hin zu einer energieeffizienten und ressourcenschonenden Wirtschaftsstruktur ist.

Die Freiheit des Internets mit aller Entschlossenheit verteidigen

Das Internet als neuer Kommunikationsraum bietet enorme Möglichkeiten, um allen Menschen politische Entfaltungschancen zu eröffnen. Wir PIRATEN wollen daher das Recht auf Digitale Teilhabe an der Gesellschaft in der europäischen Grundrechtecharta verankern und europaweit eine lückenlose Breitbandversorgung der Bevölkerung durch die EU stärker fördern.

Soweit wie nur irgendwie denkbar wirkliche Transparenz der politischen Verhandlungen und Entscheidungen herbeiführen.

Und wir fordern die unbedingte Beibehaltung der datenschutzrechtlichen Standards auch und vor allem in den Verhandlungen und Verträgen zu einer gegebenenfalls entstehenden US-EU-Freihandelszone insbesondere auch gegenüber den USA.

- Weitere Verlagerung bisher nationaler Kompetenzen nach Brüssel? – wenn ja, welche?
– oder Stärkung der nationalen Befugnisse?**

Weitere Schritte zur Integration der Eurozone erfordern zwingend eine verstärkte demokratische Legitimation und Rechenschaftspflichten sowie die Ausweitung der parlamentarischen Kontrollrechte. Brüssel soll insbesondere in der Netzpolitik für einheitliche Nutzungsbedingungen aller Länder und Netzneutralität Verantwortung tragen. Des weiteren soll der ESM durch gewählte Vertreter des EU-Parlaments kontrolliert werden. Die Übertragung von Hoheitsrechten ist auch nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts nur noch mit einer Volksabstimmung möglich, so sehen wir das auch.

- **Vergemeinschaftung der Schulden innerhalb Europas – wenn ja, in welcher Form? – oder Vereinbarung eines tatsächlich verbindlichen Ausschlusses der gemeinschaftlichen Haftung (dass dieser heute auf dem Papier existiert, ist uns bekannt)?**

Die Frage, ob es sich bei der gegenwärtig von der EU-Kommission bzw. der EZB betriebenen Rettungspolitik um eine mit den Verträgen unvereinbare Haftungsübernahme oder Haftungsverbund der bessergestellten Mitgliedsstaaten-Staaten mit den 'notleidenden' Bruderstaaten in der Südschiene der EU handelt, ist unter (Rechts-)Experten strittig und vom EuGH noch nicht letztlich (letztinstanzlich) entschieden worden.

Unbeschadet dessen fordern wir PIRATEN, um die Schuldenkrise in Europa in einer Art Zwischenlösung zu entschärfen, die kurzfristige Durchführung einmaliger Schuldenschnitte hinsichtlich der Staatsschulden in diesen Krisenstaaten der Europäischen Union. Diese Handlungsweisen (Verzicht der Gläubiger auf einen Teil ihrer Forderungen) müssen jedoch von einer effektiven Restrukturierung, und wenn nötig, einer Rekapitalisierung maroder Banken flankiert werden.

Im einzelnen bedeutet das: Wird die Eigenkapitalquote einer Bank zu niedrig, und lässt sich diese trotz (konsequenter) Beteiligung der Eigentümer oder Anteilsinhaber nicht positiv ändern, dann soll die betroffene Bank durch Umwandlung von Fremdkapital in Eigenkapital stabilisiert werden. Hilft auch das nicht, ist als letzter Schritt ihre Verstaatlichung zu prüfen, insbesondere dann, wenn eine Insolvenz aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Folgewirkungen ausscheidet. Die u.U. damit einhergehenden sozialen Verwerfungen sind mit geeigneten Maßnahmen abzumildern bzw. abzufedern, z.B. durch den Schutz von Kleinanlegern, oder die Ausklammerung von privater Renten- und Lebensversicherungen bis zu einem bestimmten Höchstbetrag.

- **Sind Sie dafür, Entscheidungen über Grundfragen der europäischen Vertragsgestaltung im Wesentlichen durch die nationalen Parlamente oder durch in Deutschland einzuführende verbindliche Volksabstimmungen zu treffen?**

Eine Volksabstimmung als punktuelle Beteiligung der Bürger sehen wir als ungenügende Mitgestaltungsmöglichkeit an. Wir fordern die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung (Verfassungskonvent). Ziel des Verfassungskonvents ist es, das politische System der EU und ihre Beziehung zu den Mitgliedstaaten und Regionen neu zu strukturieren und auf eine demokratische Basis zu heben. Der Prozess der Ausarbeitung einer europäischen Verfassung muss transparent geschehen und die europäischen Bürgerinnen und Bürger umfassend beteiligen. Die Mitglieder dieser Versammlung sollen demokratisch gewählt werden und gleichzeitig die Vielfalt innerhalb der Union repräsentieren. Über den erarbeiteten Verfassungsentwurf stimmen die Bürger unionsweit und zeitgleich ab.

1.2. Wie soll die europäische Währungsunion in den kommenden vier Jahren gestaltet werden?

Zur Bekämpfung der Krise befürworten wir einmalige Schuldenschnitte. Des weiteren wollen wir, auf dem Weg zu einer echten Wirtschaftsunion, eine unabhängige Bankenaufsicht sowie ein Trennbanksystem (Trennung vom „Investment Banking“ von der übrigen Geschäftstätigkeit). Ebenfalls fordern wir eine demokratische Kontrolle des ESMs.

- **Rettung des Euro unter Beibehaltung der jetzigen Teilnehmerstaaten um jeden Preis („Scheitert der Euro, scheitert Europa“) oder konsequente Rückkehr zu den Kriterien von Maastricht?**

An dieser Stelle verweisen wir erneut auf den von uns favorisierten Schuldenschnitt für die betroffenen Staaten.

- **Treten Sie für verbindliche Kriterien ein, deren Nichteinhaltung zwingend den Ausschluss aus der Währungsunion zur Folge haben muss? Wenn ja, welche?**

Nein.

- **Werden Sie sich für die Regelung einer Austrittsmöglichkeit aus dem Euro einsetzen?**

Nein.

2. Steuerpolitik

2.1. Welche steuerpolitische Grundausrichtung planen Sie in den kommenden vier Jahren?

Das Steuerrecht muss vereinfacht und viele Ausnahmetatbestände auf deren Relevanz überprüft und gegebenenfalls aufgehoben werden. Ansonsten konnten zu steuerpolitischen Fragen noch keine weitreichenden Beschlüsse gefasst werden. Die nachfolgenden Aussagen beruhen auf der Einschätzung der nordrhein-westfälischen Spitzenkandidatin Melanie Kalkowski: "Wir sind davon überzeugt, dass Bürger mit höherer wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit mehr zur Staatsfinanzierung beitragen können als wirtschaftlich weniger leistungsfähige Bürger und dies auch wollen. Die Belastung durch Steuern muss dabei sozial gerecht erfolgen. Steuergerechtigkeit bedeutet in diesem Zusammenhang auch, dass alle Einkünfte und Vermögenszuwächse der Besteuerung unterliegen müssen. Wir PIRATEN fordern die Grundfreibeträge (Pro-Kopf-Freibeträge) auf deutlich über 10.000 Euro anzuheben. Dadurch fallen zahlreiche Geringverdiener von vornherein aus der Steuerpflicht heraus und das Existenzminimum wird steuerfrei gestellt. Ferner fordern wir die Beseitigung der kalten Progression im Einkommenssteuerrecht. Das deutsche Einkommenssteuersystem begünstigt den Effekt, dass geringe Lohnerhöhungen gerade einmal die Inflation ausgleichen, aber gleichzeitig zu einem höheren Grenzsteuersatz führen und damit das Netto-Einkommen sogar verringern ("kalte Progression")."

- **Steuererhöhungen zur Finanzierung höherer Staatsausgaben? Falls ja, für welche Steuerpflichtigen und in welcher Höhe?**

Nicht zur Finanzierung höherer Staatsausgaben sondern anderer. Denn wir wollen ein Sockeleinkommen einführen, welches neben den Einnahmen aus einem einheitlichen Mehrwertsteuersatz von 19% auch aus einer erhöhten Einkommensteuer derjenigen finanziert werden soll, die dazu wirtschaftlich in der Lage sind.

Zudem ist die Umwandlung des Ehegattensplitting in eine Steuerbegünstigung für Steuerpflichtige geplant, die mit Bindung an die Versorgung von Kindern und schwachen Menschen gekoppelt ist.

Weiterhin schlägt Melanie Kalkowski vor: "Heute zahlen bereits klassische Mittelschicht-Haushalte teilweise enorm hohe Steuersätze, während sehr vermögende Bürger durch die 2009 eingeführte Abgeltungssteuer ihren Grenzsteuersatz stark senken konnten. Nach aktuellem Stand der Diskussion fordert die Piratenpartei daher die Abschaffung der kalten Progression, indem die Grundfreibeträge erhöht und zugleich der Tarifverlauf angepasst wird. Auf diese Weise werden besonders geringe und mittlere Einkommen entlastet, während bei hohen Einkommen ein deutlich höherer Spaltensteuersatz greifen soll als bisher.

Die Idee mittels der Abgeltungssteuer das Steuersystem einfache und gerechter zu gestalten kann als gescheitert angesehen werden. Denn tatsächlich ist sie in der vorliegenden Form als unsystematisch und ungerecht anzusehen.

Vermögende Anleger profitieren aktuell von der Abgeltungssteuer. Ihre Steuerlast fiel, da sie Zinsen seit der Einführung der Abgeltungssteuer nicht mehr mit dem persönlichen Steuersatz von bis zu 42 Prozent, sondern nur noch mit 25 Prozent (inklusive Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer rund 28 Prozent) versteuern müssen.

Zugleich sind viele vermögende Deutsche durch die Einführung der anonymen, pauschal abgeführten Steuer für das Finanzamt - und rein rechnerisch - "ärmer geworden", da ihre Kapitaleinkünfte nicht mehr im persönlichen Steuerbrutto auftauchen. Das hat zur Folge, dass mit dem sinkendem zu versteuerndem Jahreseinkommen vielen Vermögenden zusätzlich auch noch die Reichensteuer erspart bleibt und sie bezüglich ihrer anderen Einkünfte in den Genuss geringerer persönlicher Steuersätze kommen.

Die Piraten sind der Meinung, dass alle in Deutschland lebenden Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern in gleicher Weise staatlich gefördert werden müssen. Diese Ungleichbehandlung wollen wir durch Abschaffung der Kinderfreibeträge bei gleichzeitiger aufkommensneutraler Erhöhung des Kindergeldes beenden."

- **Ausschluss weiterer Steuererhöhungen mit der Vorgabe, steigende Staatsausgaben innerhalb des Bundeshaushaltes durch Einsparungen an anderer Stelle auszugleichen? Falls ja, wo sehen Sie realistische Einsparpotentiale?**

Durch das Gebot der Transparenz werden wir alle Ausgaben des Bundes überprüfen und Einsparpotentiale aufdecken.

Zur Zeit sehen wir Einsparpotenzial im Gesundheitswesen:

Durch die Einführung einer Positivliste erfolgen, wie sie in der Mehrzahl der europäischen Länder existiert. Sie garantiert, dass Patienten nur Arzneimittel mit einem hohen Grad an Nutzen und Bewährungsgrad und einem vernünftigen Kosten-Nutzen-Verhältnis verschrieben bekommen.

Wir fordern die Überprüfung aller Überwachungsausgaben und die Einstellung aller Ausgaben, welche keinen Nutzen bringen oder gegen das Grundgesetz verstößen.

Dies betrifft auch den Verfassungsschutz, den wir in weiten Teilen für verzichtbar halten.

Bei der Bundeswehr können viele Rüstungsprojekte gestrichen oder erst gar nicht begonnen werden.

- **Steuersenkungen? Falls ja, welche? Sollen die Steuersenkungen durch Kürzung der Ausgaben, und wenn ja, welche, gegenfinanziert werden oder vertrauen Sie auf**

insgesamt steigende Steuereinnahmen bei gezielten Steuersenkungen in einzelnen Bereichen?

Steuersenkungen sind für Familien mit Kindern in bestimmten Fällen vorgesehen, da das Ehegattensplitting durch einen personenbezogenen Grundfreibetrag für alle, auch für Kinder, ersetzt wird.

Hier ergänzt Melanie Kalkowski: "*Letztlich setzen wir uns für eine Überprüfung aller Verbrauchssteuern ein. Eine fast unübersehbare Vielzahl von Konsumprodukten wird heute neben allen anderen Steuerarten auch noch mit zusätzlichen Verbrauchssteuern belegt. Das hat im Laufe der Jahre zu einem unverhältnismäßig hohen bürokratischen Aufwand sowohl für den Staat als auch für den Bürger geführt.*"

2.2. Planen Sie Vereinfachungen im Steuerrecht? Wenn ja, welche?

Wir planen die Abschaffung der ermäßigten Mehrwertsteuersätze und damit einhergehend die Abschaffung von Sonderregelungen, Abschaffung diverser Ausnahmeregelungen im allgemeinen Steuerrecht und gleiche Besteuerung aller Einkommensarten. Weitere Harmonisierungen, wie bspw. im Bereich.

3. Energiepolitik

3.1. Halten Sie die Energiewende ökonomisch, ordnungspolitisch und ökologisch für richtig?

Ökonomisch ergibt sie insofern einen Sinn, als die deutsche Wirtschaft im Vergleich zu anderen Wirtschaftszentren etwa in den USA frühzeitig neue Technologien entwickeln und erproben kann, die ihr dann einen Wettbewerbsvorteil auf dem Weltmarkt verschaffen können.

Ökologisch betrachtet gibt es keine sinnvolle Alternative zur Energiewende um bei der Energieversorgung möglichst schnell und dauerhaft unabhängig(er) von den sog. verbrauchbaren (fossilen) Ressourcen und von der Atomkraft zu werden.

Eine so tiefgreifende Reform wie die Energiewende bedarf ohne Zweifel einer Begleitung durch eine sinnvolle Ordnungspolitik des Staates. Leider haben staatliche Maßnahmen bisher keinen dauerhaft erfolgversprechenden ordnungspolitischen Rahmen gesetzt. Das ursprünglich sinnvolle EEG wurde mit durchsichtigen finanzpolitischen Argumenten zumindest verwässert

Darüber hinaus wird die Energiewende von vielfältigen Interessenkreisen torpediert, so dass nicht nur deren Entwicklung und Ausbau stockt, sondern auch die Energiepreise, besonders im Strombereich, zu lasten der Kunden deutlich stiegen und bei Fortsetzung der gegenwärtigen Politik wohl weiter steigen werden. So ist den großen Energieversorgern, de facto Monopolisten in ihrem Einflussbereich, die sinnvolle Änderung auf eine dezentrale Energieversorgung ein Dorn im Auge, weil dies ihre Profite schmälert.

3.2. Halten Sie die bisherige Umsetzung der Energiewende für sachgerecht?

Nein. Seit Jahren wird es versäumt, das EEG umzubauen und für einen größeren Anteil an erneuerbarer Energie insbesondere auch im Bereich der Stromversorgung, fit zu machen.

- **Soll es beim System des EEG bleiben (ungebremste Subventionierung erneuerbarer Energien)?**

Es gibt aktuell keine ungebremste Subventionierung beim EEG. Damit verbindet sich vielmehr eine Umlagefinanzierung, die zudem in den vergangenen Jahren stark gekürzt wurde. Das EEG muss nichts desto trotz umgebaut werden, denn was als Anschubfinanzierung zur Erreichung der Wirtschaftlichkeit gedacht ist, verzerrt den Markt und subventioniert indirekt sachfremde Dinge, wie beispielsweise öffentliche Verkehrsbetriebe, Golfplätze etc.

Was allerdings durchgreifend geändert und neu strukturiert werden muss, ist die unverhältnismäßig weitreichende Subventionierung so genannter energieintensiver Unternehmen. War dies zu Beginn nur für Unternehmen gedacht, die in internationalem Wettbewerb stehen, und so einem erhöhten Kostendruck, bzw. weltweiten Wettbewerbserfordernissen ausgesetzt sind, sind mittlerweile eine Vielzahl von Unternehmen begünstigt, die diesen Produktionszwängen nicht ausgesetzt sind. Hinzu kommt die Praxis einzelner Unternehmen, besonders energieintensive Bestandteile in einzelne Gesellschaften auszulagern, um dann für deren Energieverbrauch Preisermäßigungen zu bekommen. Im übrigen hat auch die EU-Kommission einen sehr kritischen Blick auf die EEG-Praxis, insbesondere die privilegierenden Ausnahmetatbestände (Preisermäßigungen) geworfen.

- **Wie sollen die Kosten der Energiewende aus Ihrer Sicht verteilt und gedrosselt werden**

Bei der Aufteilung der Kosten sind sowohl die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit wie auch das Prinzip der gerechten Lastenverteilung heranzuziehen. Das heißt, der von der Wirtschaft zu erbringende Kosten-Anteil ist so zu gestalten, dass deren Produktivität nicht unverhältnismäßig eingeschränkt oder gar 'stranguliert' wird, Zugleich ist aber darauf zu achten, dass dem Verbraucher bezahlbare Energie zur Verfügung gestellt wird.

Zur Drosselung der Energiekosten ist zum einen darauf hinzuwirken, dass die Wirtschaft in immer stärkeren Maße energiesparende Produktionsmethoden entwickelt und einsetzt.

Zum anderen könnte eine tatsächlich marktgerechte, d.h. auf Angebot und Nachfrage basierende Energie-Bewirtschaftung mittel- bis langfristig eine Kostenreduzierung bedingen. Ein gutes Beispiel ist die Gestaltung des Strompreises auf der Strombörsen in Leipzig. Die dortigen Stromnotierungen müssen bei einem Sinken der Rohstoffpreise etwa für Öl, Gas etc. voll und ganz an die (End-)Abnehmer weitergegeben werden.

3.3. Wie beurteilen Sie energetische Gebäudesanierungen, insbesondere im Hinblick auf das Verhältnis Kosten/Ertrag? Planen Sie weitere verpflichtende Maßnahmen

Die zur Zeit gültigen Wärmeschutzverordnungen sind einseitig auf Dämmmaßnahmen ausgerichtet. Daraus resultieren in der Praxis und besonders im Bereich des Altbau oft große Probleme die sogar Bauschäden bedingen. Es kommt auf die Gesamt-Energiebilanz an, die mittels einer Sanierung erreichbar ist und nicht auf den maximalen Dämmstoffeinsatz. Wenn beispielsweise der Heizwärmebedarf auf belastungsarme oder -freie Energieträger umgestellt wird, sind die Dämmwerte kein wesentlicher Faktor mehr.

So planen wir keine weiteren Verpflichtungen, sondern im Gegenteil die Stärkung der Eigenverantwortung und Anreizprogramme für die Immobilienbesitzer. Wir wollen diese verstärkt motivieren, energetische Gesamtkonzepte für ihre Gebäude zu erstellen und umzusetzen.

Energetische Gebäudesanierungen müssen von dessen Betreibern (Vermieter) sozialverträglich gestaltet werden. Das heißt, ein Mieter muss nach der Sanierung noch in der Lage sein, die Miete zu bezahlen, bzw. bei Übernahme der Miete durch die ARGE muss auch die neue, höhere Miete übernommen werden.

Auch ist zu beachten, dass durch Abdichtung des Gebäudes durch Isolierung, neue Fenster usw. zu Schäden am Mauerwerk führen kann, weil z.B. Feuchtigkeit nicht mehr nach außen entweichen kann. Dies birgt zudem die Gefahr von Schimmelbildung und somit eine Gefährdung der Gesundheit der Bewohner.

Studien zeigen allerdings, dass die Energiekostensparnis durch neue oder verbesserte Wärmedämmung nicht nennenswert ist. Die Kosten der Sanierung rechnen sich oft erst nach vielen Jahren.

4. Wirtschaftspolitik

4.1. Wo wollen Sie Schwerpunkte Ihrer Wirtschaftspolitik setzen?

Die Haushalts- und Subventionspolitik, sowie das Finanzsystem, müssen dem Menschen und der Realwirtschaft langfristig dienen, alle Maßnahmen sind daraufhin zu überprüfen.

Die Wirtschaftspolitik der Piratenpartei basiert auf einem humanistischen Menschenbild und ist bestimmt von Freiheit, Transparenz und gerechter Teilhabe. Auf diesem Fundament stehen unsere Konzepte für eine freiheitliche und soziale Wirtschaftsordnung, deren Ziel die selbstbestimmte Entfaltung und das Wohlergehen aller Menschen ist.

Weltweite Vernetzung und Digitalisierung machen ganz neue Formen der Produktion, der Arbeit und des Austausches möglich. Diese neuen Formen des Wirtschaftens bieten ein enormes Potenzial, erfordern aber auch eine Weiterentwicklung der Wirtschaftsordnung. Hier bietet sich die Chance, einen zentralen Bereich der Gesellschaft politisch neu zu gestalten.

Dabei ist für Piraten Wirtschaftspolitik nicht gleich Wachstumspolitik. Die über den Markt verkauften Güter und Dienstleistungen sind nur ein sehr unvollständiges und zuweilen irreführendes Maß für den Wohlstand und für die Lebensqualität in einer Gesellschaft. An diesen Steuerungsgrößen allein darf sich Wirtschaftspolitik nicht ausrichten, sie muss sich stattdessen den individuellen Lebensentwürfen der Menschen öffnen, unabhängig davon, wie stark diese ins Wirtschaftsgeschehen eingebunden sind. Die Wirtschaftspolitik der Piratenpartei soll den Rahmen zur Verwirklichung dieser Lebensentwürfe in einer globalisierten Wirtschaft schaffen.

Nachhaltigkeit und Ökologie

Nachhaltig ist ein auf Dauer angelegter, verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen und der Umwelt. Die Haushalts- und Subventionspolitik, sowie das Finanzsystem, müssen dem Menschen und der Realwirtschaft langfristig dienen.

In der Umstellung auf regenerative Energiequellen und in der Dezentralisierung der Erzeuger- und Verteilungsstrukturen sehen wir ein großes Potenzial für die deutsche Wirtschaft, gerade für kleine, innovative Unternehmen. Wir werden dazu beitragen, dass dieses Potenzial genutzt wird und dadurch bundesweit Innovationen an Boden gewinnen sowie neue Arbeitsplätze entstehen.

Korruptionsbekämpfung

Die Piratenpartei setzt sich für gesetzliche Grundlagen zur systematischen Korruptionsprävention und -verfolgung ein. Dazu streben wir die Einführung eines wirksamen Unternehmensstrafrechts nach Schweizer Vorbild an, damit auch Unternehmen unmittelbar für Korruptionsdelikte zur Verantwortung gezogen werden können.

Wir wollen eine gesetzliche Regelung zum Schutz von Personen, die Fälle von Korruption, Insiderhandel oder Ethikverstößen öffentlich machen(so genannte „Whistleblower“). Für öffentliche Aufträge fordern wir mehr Transparenz, eine Veröffentlichungspflicht für Dokumente der öffentlichen Verwaltung, und für Verträge zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft.

- **Stärkung mittelständischer Betriebe oder Förderung und Unterstützung der Großindustrie und/oder Großkonzerne?**
- **Falls Sie mittelständische Betriebe stärken wollen, welche konkreten Maßnahmen planen Sie?**

Subventionen stehen wir prinzipiell ablehnend gegenüber. Generelle Aussagen dazu sind jedoch nicht zielführend. Vielmehr ist die jeweilige Einzelfallbetrachtung notwendig. Das Gießkannenprinzip lehnen wir ab. Weiterhin soll es Subventionen nur dort geben, wo ein konkreter gesellschaftlicher Nutzen als Gegenleistung erzeugt wird. Dabei ist die Unterscheidung in kleine, mittelständische oder große Empfänger nebensächlich.

4.2. Bürokratieabbau

- **Planen Sie konkrete Maßnahmen zum Bürokratieabbau? Wenn ja, welche?**

Wir setzen uns allgemein für bürokratiearme Verfahren ein.

Wir wollen eine Mehr-Klassen-Situation auf dem Arbeitsmarkt beenden.

Diskriminierungsmaßnahmen jeder Art stellen unnötige und unangemessene Hürden für die Menschen dar, schaffen unnötige Bürokratie für Arbeitgeber und behindern die Entwicklung der Wirtschaft. Wir setzen uns dafür ein, die gesetzliche Schlechterstellung von Menschen aus Nicht-EU-Staaten auf dem Arbeitsmarkt abzuschaffen.

- **Wie wollen Sie erreichen, dass die bürokratische Belastung tatsächlich abnimmt? Das Versprechen des Bürokratieabbaus gehört zu den Stereotypen eines jeden Wahlkampfes.**

Wir sprechen uns für die kritische Überprüfung der Notwendigkeit und Praktikabilität aller Gesetze und Verordnung aus.

4.3. Kartellrecht

- **Sehen Sie die Notwendigkeit, die Wettbewerbssituation mittelständischer Lieferanten und Handels- bzw. Handwerksunternehmen gegenüber Handelskonzernen mit hoher Nachfragemacht zu verbessern?**

Wir sind gegen die Bildung von Monopol- und Oligopolstellungen.

Einen Eingriff in den Markt bedarf einer Einzelbetrachtung und kann nicht pauschal erfolgen.

- **Werden Sie sich für geeignete Instrumente einsetzen, mit denen die Bedrohung traditioneller Vertriebsformen durch den Onlinehandel verringert werden kann (z.B. Preisbindung der zweiten Hand für Markenartikel; Bagatellgrenzen für Kernbeschränkungen; gesetzliche Regelung, den Onlinehandel für bestimmte Vertriebskonzepte ausschließen zu dürfen; Effizienzvermutung für bewährte Vertriebsformen)?**

Ein Festhalten an "traditionellen Vertriebsformen" nur zum Selbstzweck lehnen wir ab. Der Kunde entscheidet welchen Vertriebsweg er nutzen möchte. Eine Bevormundung durch Gesetze lehnen wir ab.

Grade der Bereich des Vertriebs unterliegt einem ständigen technischen Wandel und ein Eingriff der Politik würden diesen Wandel nur verzögern, aber nicht verhindern.

- **Sind Sie dafür, dass Mittelständler von der Wettbewerbsbehörde eine verbindliche Auskunft bei der Ausgestaltung von Vertriebssystemen und der Zusammenarbeit im Bereich der Forschung und Entwicklung verlangen können?**

Eine Wettbewerbsbehörde kann keine verbindlichen Aussagen zu Vertriebssystemen treffen, denn somit würde es einem Prüfungsverfahren gleichgestellt. Für diese Aufgabe gibt es spezialisierte Anwälte.

Forschung und Entwicklung ist eine Subventionierung, welche nur unter bestimmten Bedingungen erfolgen sollte. Eine verbindliche Aussage würde auch hier einem Prüfungsverfahren gleich kommen. Und damit keine Veränderung zur Ist-Situation sein.

4.4. Vergaberecht

Planen Sie weitere gesetzliche Normierungen im Vergaberecht (beispielsweise die Umsetzung allgemeiner politischer Forderungen – Verbot der Kinderarbeit, Mindestlöhne, Diskriminierungsverbot – durch den Hebel des Vergaberechts) oder treten Sie für eine „Entschlackung“ des Vergaberechts ein?

Die Piratenpartei sieht den Staat als Vorbild in der Pflicht. Wir werden uns für Mindestlöhne bei öffentlichen Aufträgen einsetzen.

Trotzdem werden wir als Partei alle Regelungen auf ihre Kosten-Nutzen-Verhältnis prüfen und uns für unbürokratische Lösungen stark machen.

Wir werden uns für eine Überarbeitung des Vergabeprozesses einsetzen, damit wirklich das beste Angebot den Erfolg hat und nicht das billigste, wie es z.B. in der Schweiz praktiziert wird.

5.IHK

5.1. Planen Sie Regelungen im Bereich IHK-Rechts? Soll die Pflichtmitgliedschaft in der IHK beibehalten werden?

Die Piratenpartei tritt für die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in Kammern und Verbänden, beispielsweise in der Industrie- und Handelskammer (IHK) oder der Landwirtschafts- oder Handwerkskammer ein.

5.2. Halten Sie Reformen des Wahlrechts der IHK für notwendig?

Wie nachfolgend geschildert, sehen wir aktuell keine zwingende Notwendigkeit.

- **Die Wahlverfahren selbst sind schwer zu durchschauen und kompliziert. Dies führt zu sehr geringen Wahlbeteiligungen. Halten Sie dies für akzeptabel?**

Hierzu sagt Tim Weber, Listenkandidat in Niedersachsen und Mitbegründer von „Mehr Demokratie e.V.“: „*Wir haben uns beispielhaft mit den Wahlordnungen der IHK Kiel und Trier angeschaut. Wir halten die Verfahren nicht für kompliziert. Es fällt auf, dass es kein gleiches Wahlrecht gibt, da einzelne Branchen mit Sitz und Stimme vertreten sein sollen. Das ist zunächst irritierend, aber durchaus nicht ungewöhnlich. Bei staatlichen Wahlen finden wir das zur Berücksichtigung von Regionen (siehe Stimmengewicht im Bundesrat oder Stimmenverteilung im Schweizer Ständerat). Aus demokratietheoretischer Sicht finden wir die Berücksichtigung des Gleichheitsgrundsatzes besser.*

Wir bezweifeln, dass ein einfacheres Wahlverfahren die Beteiligung erhöhen würde. Bei staatlichen Wahlen kann das nicht beobachtet werden. Die niedrige Wahlbeteiligung erklärt sich wohl eher aus fehlender Öffentlichkeit und Konkurrenz. Aus Sicht der Wählenden macht es keinen Unterschied, ob sie teilnehmen.“

- **Die Wahlordnungen sehen derzeit die Kooptation von Mitgliedern für die Vollversammlung vor. Nicht einmal die Kooptation in der Wahl gescheiterter Bewerber ist ausgeschlossen. Halten Sie dies für richtig?**

Tim Weber weiter: „*In der Tat hat sich uns die Sinnhaftigkeit der Kooptation nicht erschlossen und es beißt sich mit dem Anspruch demokratischer Wahlen, da der Grundsatz der Unmittelbarkeit durchbrochen wird. Vorbehaltlich dass wir die Gründe für die Kooptation möglicherweise nicht alle kennen, möchten wir dieses Verfahren ablehnen.“*

5.3. Werden Sie sich für eine stärkere Transparenz innerhalb der IHK einsetzen?

Fehlende Transparenz ist einer der Gründe, weshalb wir die Zwangsmitgliedschaft in der IHK und den Handwerkskammern ablehnen. Solange diese nicht aufgehoben ist, werden wir Transparenz einfordern.

- **Sind Sie für eine Offenlegung der Gehälter der Geschäftsführung und eine Prüfung der Haushalte durch die Landesrechnungshöfe?**

Im Sinne der Transparenz befürworten wir das.

6. Handelspolitik

6.1. Welche handelspolitischen Schwerpunkte wollen Sie in den kommenden vier Jahren setzen?

Wir werden unser Hauptaugenmerk auf den Onlinehandel legen. Dieser muss für alle Beteiligten in allen Belangen die gleichen Sicherheitsstandards bieten, wie der stationäre Handel. Dies gilt insbesondere im Bereich des Verbraucherschutzes und des Datenschutzes.

- **Halten Sie die jetzige Regelung des Ladenschlusses (Regelungskompetenz der Länder) für sinnvoll und richtig oder sollte der Bund wieder die Gesetzgebungskompetenz bekommen? Falls ja, welche Regelung würden Sie dann umsetzen?**

Eine bundeseinheitliche Regelung ist sicher zum allseitigen Vorteil. Allerdings gehört es zu unserem Selbstverständnis, so wenig Vorschriften wie möglich zu generieren. Daher sollte es dem Markt überlassen bleiben, welche Öffnungszeiten die optimalen sind. Eine konkrete Beschlusslage zu diesem Thema liegt jedoch nicht vor.

6.2. Sehen Sie Fehlentwicklungen im Onlinehandel, denen gesetzgeberisch entgegengewirkt werden sollte? Wenn ja, wo?

"Gerade für kleine Anbieter ist der Onlinehandel ein juristischer Dschungel. Der Gesetzgeber ist in der Hand der Juristen, und die Lobby dieser sorgt dafür, dass sie nicht arbeitslos werden: Gesetze sind so kompliziert für den Shopbetreiber bzw. Anbieter, dass auch nach der Änderung des Fernabsatzgesetzes noch große Fehlerquellen für gewerbsmäßige Abmahnungen geblieben sind. Ob sich dies in 2014 ändern wird, wenn die Widerrufsregeln dann europaweit vereinheitlicht werden, bleibt zu beobachten."

Wie in allen anderen Bereichen fordern wir eine kritische Überprüfung der zugrunde liegenden Regeln und Gesetze auf Praktikabilität und Notwendigkeit. Damit ließe sich auch die zum Geschäft ver kommende Praxis des Abmahnwesens aufheben." sagt Basispirat Bernhard Gehrmann, Präsenz- und Onlinehändler im Antiquariatsbereich.

- **Halten Sie eine stärkere Kontrolle der Lieferketten im Onlinehandel und der Arbeitsbedingungen innerhalb der Lieferketten für notwendig?**

Wir setzen uns für einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn ein, den wir bis zur Entscheidung einer Expertenkommission auf € 9,02 für regulär und € 9,77 für prekär Beschäftigte ansetzen. Dies müsste somit auch für die im Onlinehandel arbeitenden Menschen gelten.

- **Befürworten Sie Regelungen zum Schutz der Markenhersteller vor ungewollten Verkaufsaktionen im Internet?**

Hierzu haben wir keine Beschlusslage.

- **Sind Sie dafür, die Landesplanung grenzüberschreitend verlässlicher zu machen (etwa durch einen bundeseinheitlichen Gesetzesrahmen, der verhindert, dass sich Bundesländer über die eigenen Vorgaben der Raumordnung in sog. Zielabweichungsverfahren hinwegsetzen)?**

Bundesweit einheitliche Standards bei Regeln und Normen sind ein Beitrag zur Entbürokratisierung. Inwieweit dies bei grenzüberschreitender Landesplanung zielführend ist, ist

bei uns noch in der Diskussion. Was jedoch gelten muss ist, dass sich alle Beteiligten an Recht und Gesetz halten. Wo es "legale Schlupflöcher" gibt, müssen diese geschlossen werden.

- **Halten Sie Änderungen des Planungsrechtes zur Ansiedlung großflächiger Einzelhandelsbetriebe innerhalb oder außerhalb der Kommunen für geboten? Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen planen Sie?**

Aktuell sehen wir diesbezüglich keine Änderungen vor.

6.3. Wie bewerten Sie Verkehrskonzepte, die die Erreichbarkeit der Innenstädte mit dem PKW einschränken?

Die Innenstädte stehen vor dem Verkehrskollaps, insofern sind alle Anstrengungen, den Individualverkehr aus den Innenstädten heraus zu halten, positiv zu bewerten. Dies muss mit einer gleichzeitigen Verbesserung des ÖPNV einhergehen, damit die Mobilität der Anwohner nicht unzumutbar eingeschränkt wird und zugleich die Innenstädte weiterhin ein attraktiver Lebensraum bleiben.

- **Befürworten Sie derartige Konzepte? Werden Sie sich für eine Ausweitung stark machen?**

Die PIRATEN setzen sich für den fahrscheinfreien ÖPNV ein, der dann natürlich auch über ein attraktives Angebot verfügen muss. Dadurch werden auch die Städte verkehrsmäßig entlastet, das ist genau in unserem Sinne

- **Werden Sie sich im Interesse gleicher Wettbewerbsbedingungen für eine Verbesserung der Erreichbarkeit der Innenstädte mit dem PKW einsetzen?**

Der fahrscheinfreie ÖPNV in Kombination mit attraktiven Car-Sharing-Systemen mit Fahrzeugen mit umweltfreundlichen Antrieben zum Transport größerer Einkäufe sorgen für eine Entlastung der Innenstädte. Privater Individualverkehr muss für eine bessere Akzeptanz der Entlastungssysteme unattraktiver gemacht werden. Über diesem sind die Innenstädte zwar möglicherweise bequemer erreichbar, wer aber unbedingt mit dem eigenen Auto in die City will, soll dann auch individuell einen Sonderobulus entrichten müssen, wie er heute ja schon in den vergleichsweise zu außerhalb der City liegenden Parkplätzen durch die Parkgebühr eingenommen wird. Nicht damit einhergehen darf ein datenschutzrechtlich bedenkliches Maut-System.

6.4. Welche konkreten Maßnahmen zur Stärkung inhabergeführter Einzelhandelsbetriebe in Innenstädten planen Sie?

Hier haben wir noch keine Pläne entwickelt.